



Asamblea Parlamentaria Euro-Latinoamericana
Euro-Latin American Parliamentary Assembly
Assemblée Parlementaire Euro-Latino Américaine
Assembleia Parlamentar Euro-Latino-Americana
Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika



**Erklärung der Ko-Präsidenten der
Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (EuroLat)
über „Eine verstärkte Zusammenarbeit EU-LAK für die gerechte und solidarische
Verteilung der Impfstoffe gegen COVID-19“ vom 6. Mai 2021**

Die Ko-Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (EuroLat), der Abgeordnete des Repräsentantenhauses von Kolumbien und des Andenparlaments Óscar Darío Pérez und das Mitglied des Europäischen Parlaments Javi López, gemäß Artikel 18 der Geschäftsordnung der Versammlung und anlässlich der ordentlichen Sitzungen der verschiedenen Organe der Versammlung, die vom 3. bis 6. Mai 2021 in Brüssel (Belgien) stattfinden:

1. Sie bekräftigen ihre tiefe Besorgnis über die verheerenden Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, von der in den letzten vierzehn Monaten Millionen von Menschen betroffen waren und die Hunderttausende von Menschenleben auf unseren beiden Kontinenten gefordert und eine Wirtschaftskrise mit drastischen Auswirkungen auf die Beschäftigung und Produktivität verursacht sowie soziale Probleme wie Armut, Unterernährung und Hunger, geschlechtsspezifische Gewalt, elterliche Gewalt und Kindesmisshandlung noch verschärft hat. Sie betonen, wie wichtig öffentliche und universelle Gesundheitssysteme sind, um eine umfassende Reaktion auf diese Pandemie sicherzustellen.

2. Sie gratulieren denjenigen Ländern, die mit Massenimpfungen vorankommen, und stellen fest, dass die immer leichtere Verfügbarkeit von Impfstoffen gegen das COVID-19-Virus und die Intensivierung der Impfkampagnen einen entscheidenden Schritt zur Bewältigung der durch die Pandemie entstandenen Herausforderungen darstellen. Sie sehen es daher als vorrangig und unverzichtbar an, dass für einen allgemeinen und gerechten Zugang zu hochwertigen, sicheren und wirksamen Impfstoffen gesorgt wird. Aus demselben Grund werden alle Staaten und Regierungen aufgefordert, für die gesamte Bevölkerung so schnell wie möglich einen allgemeinen und kostenlosen Zugang zu Impfstoffen sicherzustellen und transparente Impfstrategien anzuwenden, die auf wissenschaftlichen und ethischen Kriterien basieren, und dabei dem Schutz von Risikogruppen Vorrang einzuräumen. Sie betonen, dass die Pandemie keine geografischen, aber durchaus soziale Grenzen kennt, die entlang von Armut und Ausgrenzung verlaufen, sodass wir die Pandemie nur bekämpfen können, wenn wir auf globaler Ebene zusammenarbeiten und multilaterale Lösungen in einem Geist der Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit voranbringen.

3. Sie weisen darauf hin, dass man sich unbedingt nicht nur auf eine Zeit vorbereiten muss, in der die Nachwehen der Pandemie deutlich zu spüren sein dürften, sondern auch

auf eine mögliche Zukunft, in der die COVID-19-Pandemie nicht vollständig überwunden wird und darüber hinaus weiterhin verschiedene Varianten auftreten dürften. Daher fordern sie eine engere multilaterale Koordinierung und die Zusammenarbeit der gesamten internationalen Gemeinschaft. Die Überwindung der Krise erfordert gemeinsame und solidarische Anstrengungen, durch die sichergestellt wird, dass die Impfstoffe weltweit gerecht und fair, universell und kostenlos verteilt werden, da keine einzelnen Regionen und Länder sich vor der Pandemie in Sicherheit wiegen können, solange sie nicht alle Länder überwunden haben und in Sicherheit sind.

4. Sie bekräftigen, dass es für einen konkreten Ausweg aus der Pandemie nicht reicht, dass die Bevölkerung in einigen wenigen Ländern geimpft bzw. immunisiert wird, zumal dann das Virus in den übrigen Ländern fortbestehen und weiter grassieren würde und neue Varianten entstehen würden, samt dem Risiko, dass diese durch die Impfungen nicht mehr bekämpft werden könnten.

5. Daher unterstützen sie die COVAX-Initiative voll und ganz, die von der Globalen Allianz für Impfstoffe und Immunisierung („Global Alliance for Vaccines and Immunization“ – GAVI), der Koalition für Innovationen in der Epidemievorsorge („Coalition for Epidemic Preparedness Innovations“ – CEPI) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) koordiniert wird. Sie heben hervor, dass die erste Runde der Impfstoffzuteilungen im Rahmen von COVAX 31 Länder in Lateinamerika und der Karibik umfasst, die in den kommenden Monaten mehr als 27 Millionen Impfstoffdosen erhalten sollen.

6. Sie danken der EU und ihren Mitgliedstaaten für ihre Anstrengungen, mithilfe des COVAX-Mechanismus für einen fairen und gerechten Zugang zu sicheren und wirksamen COVID-19-Impfstoffen in Ländern mit geringem und mittlerem Einkommen zu sorgen. Sie nehmen erfreut zur Kenntnis, dass die EU mit dem Betrag von über 2,2 Mrd. EUR, der von der Europäischen Kommission, der Europäischen Investitionsbank und den EU-Mitgliedstaaten bereitgestellt wurde, ein Hauptbeitragszahler des COVAX-Mechanismus ist.

7. Sie begrüßen die Verpflichtung der Staats- und Regierungschefs der G-7 vom Februar 2021 zur Beschleunigung der Entwicklung und des Einsatzes von Impfstoffen weltweit und zur Zusammenarbeit mit der Industrie, um ihre Kapazitäten zur Herstellung, Produktion und Verteilung zu erhöhen, unter anderem durch die Vergabe freiwilliger Lizenzen. Sie begrüßen ferner die Ankündigungen einiger Länder, mögliche überschüssige Impfstofflieferungen an andere Länder abzugeben, die einen größeren Bedarf diesbezüglich aufweisen. Sie betonen, dass in der derzeitigen Situation, in der es an Impfstoffen mangelt und nur ein Teil der gesamten weltweiten Produktionskapazität zum Einsatz kommt, Maßnahmen erforderlich sind, um diese Produktionskapazität zu erhöhen, wobei es den Bedarf der einzelnen Länder zu berücksichtigen gilt.

8. Sie nehmen den Mechanismus für die Transparenz und die Genehmigung der Ausfuhr von COVID-19-Impfstoffen zur Kenntnis, der von der Europäischen Kommission am 31. Januar 2021 aufgelegt und bis Ende Juni 2021 verlängert wurde. Sie betonen, dass Impfstofflieferungen zu Zwecken der humanitären Hilfe oder für die 92 Länder mit geringem und mittlerem Einkommen, die von COVAX erfasst werden – darunter zehn

Länder in Lateinamerika und der Karibik –, von diesem Mechanismus ausgenommen sind. Sie nehmen ferner zufrieden zur Kenntnis, dass so gut wie alle bisher eingereichten Anträge auf Ausfuhr von Impfstoffen genehmigt wurden, auch die Ausfuhr von rund 6 Millionen Impfstoffdosen in 11 lateinamerikanische und karibische Länder.

9. Sie heben hervor, dass die Anwendung dieses Mechanismus und anderer möglicher ähnlicher Instrumente im Einklang mit den internationalen Vereinbarungen zur Förderung und Sicherstellung des universellen Zugangs zu sicheren, hochwertigen, wirksamen und erschwinglichen Impfstoffen stehen muss, sobald die Rolle einer umfassenden Immunisierung gegen das COVID-19-Virus weltweit als öffentliches Gut zur Beendigung der Pandemie anerkannt wird. Sie fordern die EU auf, den Mechanismus für die Genehmigung der Ausfuhr von Impfstoffen nicht ein weiteres Mal zu verlängern, keine noch strengeren Maßnahmen anzuwenden und Lösungen für die Umstände zu finden, die die Auslösung dieses Mechanismus bedingt haben.

10. Sie lehnen es ab, wenn die Vermarktung und Verteilung von Impfstoffen als Mittel zur Förderung politischer, wirtschaftlicher, diplomatischer oder anderweitiger Interessen eingesetzt werden, die vom alleinigen Ziel der Pandemiebekämpfung abweichen. Sie warnen ebenfalls vor den Gefahren, die entstehen, wenn der Kauf von Impfstoffen davon abhängt, ob Länder, die den Impfstoff verkaufen, Kredite akzeptieren, was dann zur Überschuldung von Ländern mit geringem und mittlerem Einkommen beiträgt. Sie fordern in diesem Zusammenhang, dass Vereinbarungen zwischen Regierungen und Impfstofflieferanten transparent sind und öffentlich zugänglich gemacht werden.

11. Sie fordern staatliche und internationale Gremien (internationale Finanzinstitutionen sowie internationale zwischenstaatliche und multilaterale Organisationen) nachdrücklich auf, Mechanismen zur Erleichterung der öffentlichen Schulden von Ländern mit geringem und mittlerem Einkommen und der Schulden bei internationalen Finanzinstitutionen in Erwägung zu ziehen, die aufgenommen wurden, um die durch die Pandemie und die daraus hervorgegangene Wirtschaftskrise verursachten öffentlichen Ausgaben zu finanzieren. Durch diese Mechanismen könnte der finanzielle Spielraum der Länder erweitert werden, um den Erwerb und die großflächige und transparente Verteilung von Impfstoffen zu erleichtern.

12. Sie halten es für unabdingbar, die regionale Koordinierung in Lateinamerika und der Karibik zu stärken, um die Krise im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zu bewältigen, ausreichende Impfstofflieferungen sicherzustellen, einen gerechten Zugang zu diesen Impfstoffen zu fördern und die derzeit laufenden Impfkampagnen so schnell wie möglich voranzutreiben.

13. Sie schlagen vor, die Mechanismen zur regionalen und/oder subregionalen Koordinierung zu stärken, um den Erwerb und die effiziente Verteilung der Impfstoffe zu erleichtern, die Forschung zu deren Entwicklung und Herstellung zu intensivieren und den Erfahrungsaustausch zu fördern, sodass Ressourcen und bewährte Verfahren angesichts der gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie geteilt werden können. Bei diesem Vorgehen müssen alle Länder eingebunden werden, weswegen es von grundlegender Bedeutung ist, dass sich die nationalen Regierungen und Parlamente beteiligen.

14. Sie erklären, dass es von grundlegender Bedeutung ist, dass die lateinamerikanischen Länder in die Lage versetzt werden, ihre eigenen Impfstoffe herzustellen (einige Länder in der Region haben mit diesem Prozess bereits begonnen), sodass sie die wissenschaftliche und technologische Abhängigkeit überwinden können, insbesondere wenn es um so wesentliche Bereiche wie die Gesundheit geht, zumal auf längere Sicht nicht nur das COVID-19-Virus, sondern auch künftige Pandemien bewältigt werden müssen.

15. Sie schließen sich den Forderungen an, dass die Impfstoffhersteller die Anstrengungen zur Erhöhung und Ausweitung der Impfstoffherstellung in Entwicklungs- und Schwellenländern verstärken. Sie erinnern daran, dass COVAX bis 2021 für gerade einmal 20 % der Weltbevölkerung Impfstoffe bereithält und dass es daher unerlässlich ist, die Herstellung und Verteilung von Impfstoffen sowohl in Europa als auch in Lateinamerika zu verstärken.

16. Sie begrüßen den von US-Präsident Joe Biden geäußerten Standpunkt und ersuchen die Regierungen beider Regionen, eine außerordentliche und befristete Aufhebung der Patente für Impfstoffe und Arzneimittel zur Behandlung der COVID-19-Erkrankung zu veranlassen. Sie fordern die Regierungen auf, COVID-19-Impfstoffe weltweit als öffentliches Gut anzuerkennen und ihre Bemühungen dahingehend zu verstärken, dass der Zugang zu und die gerechte Verteilung von Impfstoffen, Therapien und medizinischer Ausrüstung für die gesamte Bevölkerung erleichtert werden, und fordern auch die Unterstützung anderer zivilgesellschaftlicher Akteure und wirtschaftlicher Organisationen, wenn dies von den zuständigen Behörden als angemessen erachtet wird, und zwar unter vollständiger Einhaltung der von den nationalen Behörden für die gesamte Bevölkerung festgelegten Gesundheitskriterien und -anforderungen.

17. Sie betonen, dass die EU sowie Lateinamerika und die Karibik einen entscheidenden Beitrag zu den internationalen Bemühungen um die Bewältigung der durch die COVID-19-Pandemie entstandenen multidimensionalen Herausforderungen leisten müssen. Sie fordern in diesem Zusammenhang nachdrücklich, dass der Dialog zwischen den beiden Regionen und ihren Partnern auf multilateraler Ebene darüber, wie auf die technischen, finanziellen und logistischen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Beschaffung und Verteilung von COVID-19-Impfstoffen reagiert werden kann und wie bestehende Initiativen und Instrumente verbessert werden können, um wirksamere und umfassendere Impfstrategien zu entwickeln, verstärkt wird.

18. Sie erinnern daran, dass es sich hier um einen historischen Augenblick handelt, der eine wirksamere, dynamischere und umfassendere biregionale Zusammenarbeit erfordert, damit ein effizienter Impfprozess gewährleistet wird, der nicht nur das Leben und die Gesundheit von Millionen von Menschen schützt, sondern auch die Wiederbelebung von Beschäftigung, Produktivität und internationalem Handel als Säulen der wirtschaftlichen Erholung ermöglicht.

19. Sie warnen vor den negativen Auswirkungen von Desinformation im Zusammenhang mit dem COVID-19-Virus und fordern die Regierungen und die Medien nachdrücklich auf, die Bereitstellung genauer, wahrheitsgetreuer und objektiver Informationen zu

gewährleisten, damit sich die Bevölkerung über offizielle Quellen befugter sowohl internationaler als auch nationaler Stellen richtig informieren kann.

20. Abschließend bekräftigen sie die in ihren früheren Verlautbarungen zu diesem wichtigen Thema geäußerten Standpunkte: *Erklärung der Ko-Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (EuroLat) zu einer umfassenden biregionalen Strategie der EU und der LAK-Länder zur Abmilderung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie* vom 5. November 2020; *Mitteilung der Ko-Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (EuroLat) über ihre Teilnahme an der informellen Tagung der Außenminister der EU-27 sowie Lateinamerikas und der Karibik (LAK)* vom 14. Dezember 2020; *Erklärung der Ko-Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (EuroLat) über die COVID-19-Pandemie* vom 30. März 2020 und *Mitteilung der Ko-Präsidenten von EuroLat im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie* vom 19. März 2020.